



Bezirksgemeinde  
Montag, 11. Dezember 2017, 20.00  
Uhr, im Monséjour - Zentrum am See

---

**Vorsitz:** Fuchs Michael, Bezirksammann

**Mitglieder Bezirksrat:** Ebert Oliver, Bezirksrat  
Fischli Hansheini, Säckelmeister  
Gamma Petra, Bezirksrätin  
Gnos Emil, Bezirksrat  
Heinzer Josef, Bezirksrat  
Tresch Armin, Statthalter

**Protokoll:** Sinoli Marc, Landschreiber

**Anwesend:** 127 Personen

**Bezirksammann Michael Fuchs** begrüsst alle Anwesenden, darunter auch die Medien.

Es sind folgende Medienvertreter der Zeitungen anwesend:

Freier Schweizer: Fabian Duss  
Bote der Urschweiz: Edith Meyer und Erhard Gick

Bezirksammann Michael Fuchs dankt den Medienvertretern für eine wohlwollende und korrekte Berichterstattung und wünscht allen Teilnehmern eine speditive, informative und sachliche Versammlung. Bezirksammann Michael Fuchs erklärt die Bezirksgemeinde als eröffnet.

Er hält nach Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) fest:

- Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 3. April 2017 hat der Bezirksrat mit Beschluss Nr. 456/2017 genehmigt.
- Die Einladung zur heutigen Bezirksgemeinde erfolgte fristgerecht per Inserat am 21. November 2017 in den Lokalzeitungen (§ 18 GOG; mithin mindestens 10 Tage im Voraus).
- Die Botschaft ist sämtlichen Haushalten termingerecht zugestellt worden.
- Stimmberechtigt ist gemäss § 5 WAG nur, wer im Bezirk Küssnacht Wohnsitz hat: "Das Stimmrecht kann nur in der Wohnsitzgemeinde ausgeübt werden". Zuwiderhandlungen sind strafbar.
- Nicht stimmberechtigte Personen sind unter Strafandrohung verpflichtet, sich im eigens dafür bezeichneten Bereich in die erste Reihe niederzulassen.

Die Verhandlungen werden wie bis anhin auf Tonband aufgenommen. Die Sprecher werden gebeten, ihre Voten, unter Nennung von Vorname, Name und Adresse, am Mikrofon zu halten. Um eine störungsfreie Versammlung durchzuführen, sind sämtliche Mobiltelefone auf lautlos zu stellen.

Er übergibt das Wort Landschreiber Marc Sinoli zum Verlesen der Traktandenliste.

**Landschreiber Marc Sinoli** begrüsst die Anwesenden und verliest nach § 24 Abs. 1 GOG die Traktanden der heutigen Bezirksgemeinde:

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Nachkredite zur Laufenden Rechnung 2017
4. Nachkredite zur Investitionsrechnung 2017
5. Genehmigung des Voranschlages 2018 mit Festsetzung des Steuerfusses 2018
6. Verschiedenes

**Landschreiber Marc Sinoli** verweist überdies auf die Seiten 9, 10 und 11 der Botschaft, auf welchen zu Anträgen und zum Verfahren von geheimen Wahlen und Abstimmungen an der Bezirksgemeinde diverse Erläuterungen aufgeführt sind.

Kurz zusammengefasst:

- Der Souverän hat die Wahlen und Abstimmungen im Bezirk Küssnacht dem Urnensystem unterstellt.
- Im Urnensystem wird an der Bezirksgemeinde lediglich vorberaten. Die Schlussabstimmung des Geschäftes erfolgt grundsätzlich immer an der Urne. An der Bezirksgemeinde kann deshalb über das Geschäft nicht abschliessend abgestimmt werden, sondern lediglich über entsprechende Anträge.
- Es ist zulässig, an der Bezirksgemeinde formelle und materielle Anträge zu stellen.
- Speziell umschrieben sind auf der Seite 9 in der Botschaft zulässige Anträge im Rahmen des Voranschlags.
- Es werden vorab die formellen Anträge zur Abstimmung gebracht. Wird einem entsprechenden Antrag stattgegeben, erübrigt sich die Weiterführung und Beratung.
- Nur zu gültigen Anträgen kann eine geheime Abstimmung verlangt und durchgeführt werden. Die Abstimmung über eine geheime Abstimmung findet am Schluss der Beratung statt, bevor über die gestellten formellen oder materiellen Anträge abgestimmt wird. Über den Antrag auf geheime Abstimmung wird immer im offenen Handmehr abgestimmt. Geheime Abstimmung ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmenden dies im offenen Handmehr beschliesst.

A-Geschäft

**13**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**  
**Traktandum 02 Wahl der Stimmzähler**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.11

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und durch die Versammlung genehmigt:

- |                    |                   |
|--------------------|-------------------|
| ▪ Damian Mettler   | Bezirksweibel     |
| ▪ Alois Zimmermann | Vertreter der CVP |
| ▪ Marcel Kuchen    | Vertreter der SP  |
| ▪ Dario Vötsch     | Vertreter der FDP |
| ▪ Joe Weiss        | Vertreter der SVP |

Das Büro der Bezirksgemeinde bildet der Bezirksammann, der Landschreiber und die fünf Stimmzähler. Entscheide über Abstimmungen haben das Büro zu beraten.

**Bezirksammann Michael Fuchs** ersucht die Versammlung um Wahl der vorgeschlagenen Stimmzähler. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Bezirksrätlicher Sprecher: Säckelmeister Hansheini Fischli

Es stehen folgende Nachkredite zu der laufenden Rechnung 2017 an:

Allgemeine Verwaltung: Spesen Ehrenaussgaben Fr. 6'000.--; dies betrifft den Bezirksapéro zur Verabschiedung von Landschreiber Wolfgang Lüönd anlässlich der Frühlingsgemeinde 2017.

Dann der bauliche Unterhalt im Pfrundhuus (dort wo das ganze Rechnungswesen und auch das Bezirksgericht untergebracht ist): hier musste während dem Jahr die defekte Heizung im Umfang von Fr. 60'000.-- ersetzt werden.

Kultur und Freizeit: Anschaffungen, Mobilien, Geräte und Fahrzeuge betrifft das Strandbad Immensee; dort musste der Schwimmbereich aus Sicherheitsgründen mit Abgrenzungsbojen und Ketten gekennzeichnet werden. Diese Kosten betragen Fr. 7'500.--.

Soziale Wohlfahrt: Beiträge an private Institutionen betrifft das Chinderhuus und zwar sind die Angebote in Immensee und in Merlischachen erweitert worden. Dies führte zu Mehrkosten im Umfang von Fr. 32'000.--.

Beiträge an private Institutionen von Fr. 30'000.--: dieser Nachkredit wird für Deutschkurse im Chinderhuus beantragt.

Umwelt und Raumordnung: wir hatten letztes Jahr die öffentliche Auflage der Zonenplanung. Diese Teilrevision hat zahlreiche Einsprachen nach sich gezogen. Für die Bearbeitung von diesen Einsprachen wurde ein externer Anwalt beauftragt, was wiederum Kosten von Fr. 60'000.-- verursachte.

Finanzen, Steuern: das betrifft ein Objekt im Finanzvermögen vom Bezirk. An der Immostrasse 11 musste die Heizungsanlage ersetzt werden. Der bauliche Unterhalt betrug hierfür Fr. 20'000.--. Dieses Objekt ist jetzt neu am Fernheizungsnetz der Engie AG angeschlossen.

Das wären die Nachkredite im Einzelnen. Total beträgt die Summe Fr. 215'500.--.

**Säckelmeister Hansheini Fischli** gibt das Wort zurück an Bezirksammann Michael Fuchs.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet die Diskussion und stellt fest, dass das Wort nicht verlangt wird. Er ersucht Landschreiber Marc Sinoli, den Antrag zu verlesen.

**Landschreiber Marc Sinoli** verliest den Antrag:

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

Für das Jahr 2017 seien Nachkredite von Fr. 215'500.-- zu Lasten der Laufenden Rechnung 2017 zu genehmigen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Wer die Nachkredite zur Laufenden Rechnung 2017 genehmigen will, soll dies mit Hand-erheben bezeugen.

Die Nachkredite werden grossmehrheitlich genehmigt.

C-Geschäft

**15**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**

**01 Legislative und Exekutive**

**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**

**010.1 Botschaften und Akten**

**Traktandum 04 Nachkredite Investitionsrechnung 2017**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.11

**Bezirksrätlicher Sprecher:** Säckelmeister Hansheini Fischli

Ich habe gerade bei der Abstimmung gesehen, dass der alte Landschreiber auch anwesend ist. Ich begrüsse ihn ganz speziell. Es ist etwas neues, dass er ganz hinten neben andern Würdenträgern sitzt. Schön weit weg vom Mikrofon, wie man es schätzt.

Wir kommen jetzt zum Traktandum 4 in der Botschaft auf Seite 14.

Bereich Bildung: Schulhaus Seematt: Fr. 120'000.-- für die Heizung. Dieses Projekt ist im Jahr 2016 grossmehrheitlich umgesetzt worden. Der letzte Teil konnte jedoch erst im 2017 angegangen werden. Wichtig ist, dass es im Gesamtbetrag keine Budgetüberschreitung gibt. Weil der Betrag aber nicht im Budget 2017 enthalten ist, braucht es dafür einen Nachkredit.

Zweiter Nachkredit zur Umwelt/Raumordnung: betrifft die Sanierung Altlast „Chüelochto-bel“ im Betrag von Fr. 300'000.--. Die Arbeiten haben ebenfalls im 2016 begonnen, wurden aber verzögert und konnten erst im Jahr 2017 vollendet werden. Auch hier ist insgesamt keine Budgetüberschreitung festzustellen. Trotzdem hat das Budget 2017 nicht ausgereicht, um die Arbeiten im 2017 vollständig abzudecken. Umgekehrt ist im 2016 anstatt die budgetierten Fr. 300'000.-- nur Fr. 100'639.-- in Rechnung gestellt worden. Entsprechend ist der Kredit – wie schon erwähnt – nicht überschritten worden.

Insgesamt betragen die Nachkredite zu Lasten der Investitionsrechnung 2017 Fr. 420'000.--.

**Säckelmeister Hansheini Fischli** gibt das Wort zurück an Bezirksammann Michael Fuchs.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet die Diskussion.

Benno Barmettler erkundigt sich nach der Art der Heizung in den Schulhäusern Seematt.

Bezirksrat Josef Heinzer antwortet wie folgt: Ja, es ist so, das Pfrundhuus ist an die Heizung vom Monséjour angeschlossen. Die Schulanlagen Seematt werden hingegen durch eine Seewasserwärmepumpe beheizt. Wir haben seiner Zeit ein eigenes Projekt

zur Nutzung des Seewassers geprüft. Letztlich hat der Bezirk bei der Vanoli AG angefragt, ob sie sich an einem Pumpwerk mitbeteiligen wollen. Jetzt sind sowohl die ganze Rübegg wie auch die Schulhäuser an der neuen Seewasserwärmepumpe angeschlossen. Diese ist im Keller des alten Sekundarschulhauses eingebaut. Zudem ist es aufgrund der Dimensionierung der Anlage möglich, dass in Zukunft weitere Gebäude wie das Altersheim Seematt ebenfalls noch angeschlossen werden können.

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass keine weiteren Diskussionen gewünscht werden.

Er ersucht Landschreiber Marc Sinoli, den Antrag zu verlesen.

**Landschreiber Marc Sinoli** verliest den Antrag:

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

Für das Jahr 2017 seien Nachkredite von Fr. 420'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung 2017 zu genehmigen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

#### **Abstimmung**

Wer die Nachkredite zur Investitionsrechnung 2017 genehmigen will, soll dies mit Hand erheben bezeugen.

Die Nachkredite werden grossmehrheitlich genehmigt.

C-Geschäft

**16**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**  
**Traktandum 05 Voranschlag 2018**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.11

**Bezirksrätlicher Sprecher:** Säckelmeister Hansheini Fischli

Der Voranschlag 2018 umfasst die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung, den Voranschlag des Pflegezentrums Seematt und die Festlegung des Steuerfusses.

Hansheini Fischli macht dies in zwei Schritten, indem er:

1. das Wesentliche aus dem Voranschlag 2018 vorträgt und dies entlang seines schriftlichen Berichtes auf den Seiten 7 und 8 der Botschaft erläutert;
2. die Details der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung vorstellt (siehe Seiten 23 ff. und 42 ff.). Im Anschluss stellt er den Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2021 vor.

## Das Wichtigste in Kürze:

Die Laufende Rechnung 2018 sieht einen Fehlbetrag von Fr. 1'955'800.-- vor. Im Vergleich zum Budget 2017 haben wir einen Ertragsüberschuss von Fr. 114'930.--. Einem Ertrag von Fr. 71'397'910.-- steht ein Aufwand von Fr. 73'353'710.-- gegenüber. Dieser Aufwandüberschuss von Fr. 1'955'000.-- würde das Eigenkapital entsprechend abbauen, sofern sich der Überschuss im nächsten Jahr tatsächlich in dieser Höhe so einstellt.

Der Steuerfuss von 165 Einheiten soll beibehalten werden. Die Investitionsrechnung 2018 sieht einen Überschuss von Fr. 15'348'700.-- vor, wovon der grösste Teil schon bewilligte Investitionen betrifft. Die Verschuldung steigt im Jahr 2018 voraussichtlich auf Fr. 61'721'000.- an.

Im Vergleich zum Vorjahreswert steigt der budgetierte Aufwand um lediglich Fr. 164'060.-- oder 0,2%. Hingegen fällt der budgetierte Ertrag mit Fr. 71'397'910.-- gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1'906'670.-- oder 2,6% deutlich tiefer aus. Die Steuereingänge im laufenden Jahr liegen bei den natürlichen und juristischen Personen klar unter Budget, weshalb die erwarteten Steuereinnahmen für 2018 ebenfalls nach unten korrigiert werden mussten. Der folgende Faktoreträger Personalaufwand nimmt zu auf 2.6%. Dies hängt zusammen mit den personalrechtlichen Lohnanpassungen, aber auch mit einem höheren Stellenplan. Dies führte zu Mehrkosten von Fr. 856'400.--. Allerdings soll der Stellenplan – vor allem Stellen beim Alters- und Pflegeheim Sunnehof – nächstes Jahr nach unten angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass die Personalkosten ab 2018 wieder rund Fr. 300'000.-- tiefer sein sollten. Der Zuwachs beim Personalaufwand ist im Vergleich zu anderen Jahren ein bisschen höher und wird sich auch wieder reduzieren. Jedoch ist festzuhalten, dass sich der Personalaufwand stets im Wachstum befindet. Beim Sachaufwand gab es eine Reduktion um 10.8%. Mithin konnte der budgetierte Sachaufwand noch einmal substantiell auf Fr. 11'852'00.-- gesenkt werden.

Aufgrund der schlechteren Ertragsaussichten sieht der Finanzplan zur Laufenden Rechnung (2018–2021) Fehlbeträge zwischen Fr. 1'955'800.-- und Fr. 2'599'000.-- vor. Der Finanzplan zur Investitionsrechnung weist für den gleichen Zeitraum eine Schuldenentwicklung von Fr. 61'721'000.-- auf Fr. 77'780'000.-- aus. Insbesondere der Sachaufwand für Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge, für den baulichen Unterhalt sowie für Dienstleistungen und Honorare fällt 2018 deutlich tiefer aus. Wenn man frühere Jahre anschaut, dann sieht man, dass wir auch schon mit weit höheren Sachaufwänden gearbeitet haben. Dies ist natürlich eine Folge davon, dass der Bezirksrat die steuerlichen Entwicklungen gesehen und die Korrekturen eingeleitet hat. Entsprechend wurden die Aufwandarten, welche wir direkt beeinflussen können (und das ist vor allem der Sachaufwand), im Rahmen der Budgetgespräche substantiell gekürzt.

Passivzinsen: Der Passivzinsaufwand kann als Folge der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen auf den Märkten nochmals tiefer als im Vorjahr budgetiert werden. Zurzeit hat der Bezirk für 58 Millionen Franken Kredite mit kurzen, mittleren und langen Laufzeiten aufgenommen. Im laufenden Jahr konnten bisher 25 Millionen Franken zurückgeführt werden. Es ist aber ebenso klar, dass der Fremdfinanzierungsbedarf inskünftig grösser sein wird. Gegenwärtig profitieren wir von den guten Finanzierungsbedingungen. Wenn wir Darlehen aufnehmen, gibt es Negativzinsen darauf, womit nach Ablauf der Laufzeit eine Gutschrift ausgezahlt wird. Das ist im Moment eine glückliche Fügung und auch wir gehen davon aus, dass diese Bedingungen noch länger anhalten werden. Der Passivzinsaufwand nimmt ab obwohl die Schulden steigen. Das ist sehr kurios, aber wir nehmen es wie es ist.

Abschreibungen: Der budgetierte Abschreibungsaufwand steigt von Fr. 8'460'200.-- auf Fr. 9'008'000.-- oder um 6.5% und wird auch in den Folgejahren hoch bleiben. Ich kom-

me zu den Ertragsseiten. Der budgetierte Gesamtertrag von Fr. 71'397'910.-- fällt über dem Vorjahr um Fr. 1'906'670.-- oder 2.6% tiefer aus. Bei den Steuern der natürlichen Personen werden für 2018 Fr. 36'050'000.-- (laufendes Jahr) bzw. Fr. 2'500'000.-- (Vorjahre) erwartet, was gegenüber dem Vorjahresbudget Fr. 1'350'000.-- weniger ist. Die Steuern der juristischen Personen sind mit Fr. 3'600'000.-- (laufendes Jahr) bzw. Fr. 500'000.-- (Vorjahre) um Fr. 700'000.-- tiefer budgetiert als 2017. Das ist der Hauptgrund warum die Einnahmeseite rückläufig ist, weil die Basis im laufenden Jahr tiefer ist als erwartet. Die Vermögenserträge fallen mit Fr. 1'929'300.-- um 15.1% tiefer aus, wobei im Vorjahr ein einmaliger Ertrag aus einem Landverkauf von Fr. 290'000.-- enthalten ist. Bei den Entgelten wird eine Ertragssteigerung von 2.7% erwartet, was auf höhere Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen, Spital- und Heimtaxen, Benützungsgebühren und Rückerstattungen zurückzuführen ist. Die budgetierten Entnahmen aus Spezialfinanzierungen von Fr. 817'600.-- erfolgen bei der Feuerwehr im Umfang von Fr. 367'000.-- und Abwasserbeseitigung im Umfang von Fr. 451'000.--.

Investitionsrechnung: Die Rechnung 2018 sieht einen Ausgabenüberschuss von Fr 15'348'700.-- vor. Die hauptsächlichen Investitionen betreffen u.a. den Ersatzbau für die Asylunterkunft Luterbach. Dieses Projekt wird nächstes Jahr starten mit Fr. 200'000. Beim Werkhof ist für den Waschplatz Fr. 150'000.-- eingestellt; dies betrifft aber nicht den Waschplatz für die Mitarbeiter des Werkhofs, sondern die Fahrzeuge und Maschinen des Werkhofs. Wir haben das Projekt Werkhof in dieser Form bereits einmal geplant. Es wurde jedoch wegen Kosteneinsparungen um den Waschplatz reduziert. Man ist damals davon ausgegangen, dass in Zukunft die Einrichtung der Auto AG genutzt werden kann, welche wiederum nicht verwirklicht wurde. Der Bedarf ist nun vorhanden. Es geht überdies um Umweltvorgaben, welche im Moment nur suboptimal eingehalten werden. Turnhalle Ebnet: Thermische Sanierung für Fr. 2'350'000.--. Rettungsdienst: Ersatz von einem Fahrzeug; der erste Teil der Zahlung beträgt Fr. 140'000.--. Danach natürlich noch die weitaus grösste Position: Baukosten Südumfahrung, welche voll in der Realisierung ist und mit Fr. 9'874'000.-- zu Buche schlägt. Unter dem Titel Südumfahrung sind auch die flankierenden Massnahmen von Fr. 150'000.-- enthalten. Dann wird die Bezirksleitung ins Betlehem in Immensee umgeleitet, was wiederum Fr. 600'000.-- kostet. Dann diverse Trennsysteme, die Erneuerung der Friedhofsmauern für Fr. 250'000.--, die Sanierung des Heilibächli in Merlischachen – ich denke die wenigsten wissen wo dieser ist – mit Fr. 550'000.--. Am Ende noch die Sportanlage Luterbach, wo Projektkosten von Fr. 80'000.-- für die Vision 21 vorgesehen sind.

Dann hier noch ein Auszug aus den wesentlichen Investitionen, welche im 2018 geplant sind. Aus dem heraus wird ersichtlich, dass wenig grosse Sachen realisiert werden (mit Ausnahme der Südumfahrung). Dies ist auch ein Abbild der Strategie, welche der Bezirksrat seit Jahren verfolgt. Man möchte das Investitionsvolumen konsolidieren und nur das verwirklichen, was wirklich notwendig ist. Die 15 Millionen Franken sind aber im innerkantonalen Vergleich immer noch sehr viel. Es gibt wenige Gemeinden, welche in einem Jahr überhaupt so ein grosses Investitionsvolumen auslösen. Im Bezirk ist das im Vergleich wenig. Man sieht hier die Grössenordnung. Wir sind immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Dies wurde auch bei der kürzlich veröffentlichten Übersicht der grössten Projekte in den Gemeinden im Bote der Urschweiz abgebildet. Küssnacht liegt mit der Südumfahrung mit grossem Abstand vorne und wird dies mit dem zweiten Teil auch weiterhin bleiben. Es gibt keine Gemeinde die annähernd solch grosse Projekte realisiert.

Finanzplan: Der Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2021 ist erstellt. Diesen finden sie auf Seite 46 der Botschaft:

2018: Fr. –1 955 800.–

2019: Fr. –2 503 000.–

2020: Fr. –2 559 000.–

2021: Fr. -2 375 000.-

Diese Fehlbeträge sind im Wesentlichen auf Korrekturen bei den erwarteten Einkommens- und Vermögenssteuern zurückzuführen. Die Ertragsziele bei diesen Steuern, damit meine ich die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen und die Ertrags- und Kapitalsteuern der juristischen Personen, werden im laufenden Jahr 2017 voraussichtlich deutlich verfehlt. Also voraussichtlich ist schon fast untertrieben, da wir wissen, dass wir sie nach dem Rechnungslauf deutlich verfehlen werden. Das ist natürlich auch die Basis für das Steuerjahr 2018 und die Folgejahre. Wenn die Basis schmaler wird, dann müssen auch die Folgejahre weniger hoch budgetiert werden. Zusammengefasst kann man sagen, dass wir bei den Steuern nicht mehr das Wachstum aufweisen, welches wir in den vorgegangenen Jahren einnahmen. Wir haben über viele Jahre ein Steuerwachstum von 4 bis 5% oder noch mehr gehabt. Im 2017 sind wir noch von 3.8% Wachstum ausgegangen. Auch dieses reduzierte Wachstum wird nicht erreicht, weshalb das Wachstumsziel bei den Steuern für das nächste Jahr und die weiteren Jahre noch auf 2% pro Jahr korrigiert wurde. Wir werden sehen, ob wir unser Ziel erreichen. Im Moment fehlt in Küssnacht das Wachstum bei den Steuern. Es ist so: Steuern kommen oder sie kommen nicht das kann man nicht gross beeinflussen. Es ist zu akzeptieren und es heisst, dass wir entsprechend die Wachstumsziele korrigieren müssen.

Ich möchte nicht mehr auf die einzelnen Aufwände und auf die einzelnen Erträge im Finanzplan eingehen, sie können das später in Ruhe studieren. Es ist dort relativ gut ersichtlich, mit welchen Entwicklungen wir bei den Aufwandarten und den Erträgen rechnen. Ich kann sagen, dass sich Fehlbeträge in den nächsten vier Jahren einstellen werden. Damit wird sich das Kapital entsprechend reduzieren. Das ist soweit nicht schlimm, denn wir haben ein Eigenkapital von rund 47 Millionen Franken. Wenn wir die Fehlbeträge von den nächsten vier Jahren zusammenzählen, ergibt es ein Defizit von insgesamt Fr. 9'300'000.-- bis Fr. 9'500'000.--. Dieses ist ohne weiteres durch das Eigenkapital tragbar. Im Übrigen war es schon immer das Ziel des Bezirksrats, das Eigenkapital aufgrund dessen Höhe zu reduzieren. Es geht ja nicht darum möglichst viel Kapital zu bilden. Wenn man aber wie Küssnacht praktisch immer einen Überschuss auswies, ist es auch schwierig das Eigenkapital zu reduzieren.

Der Finanzplan 2018 bis 2021 ist in der Botschaft ab Seite 48 abgebildet. Dort sieht man, dass sich die Investitionen über die nächsten vier Jahre zwischen Fr. 11'300'000.-- und maximal Fr 18'656'000.-- bewegen. Für Küssnacht ist das weniger als auch schon, aber im Vergleich zu anderen Gemeinden immer noch sehr hoch. Es ist klar, dass es vor allem die Südumfahrung als Treiber der Investitionen bezeichnet werden kann. Aber nicht nur. Das sieht man in den Spalten 2019 bis 2021 des Finanzplans. Aufgrund des weiterhin hohen Investitionsvolumens gibt es für das 2018 einen Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 6'655'000.--. Damit erhöht sich die Verschuldung im 2018 auf Fr. 61'721'000.--. Das waren meine summarischen Erläuterungen.

Ich komme nun zum zweiten Teil und dort möchte ich mit ihnen die Details vom Budget (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) mit ihnen durchgehen. Das fängt an auf Seite 23 in der Botschaft. Zu Seite 23 „allgemeine Verwaltung“: gibt es auf dieser Seite Fragen oder Bemerkungen? Ich erläutere zwischendurch einmal eine Position. Hier sehe ich gerade nichts. Ich gehe weiter auf Seite 24, wir sind immer noch bei der Verwaltung. Hier mache ich den Hinweis bei Zeile 8 von oben: „Dienstleistungen, Honorare, Telefon“ im Betrag von Fr. 299'500.--; das betrifft die Bauverwaltung, es sind besondere Aufwände für Baukontrollen. Seite 25 kommen wir zur „öffentlichen Sicherheit“: gibt es hier Fragen? Einen kleinen Hinweis zu der Kontogruppe 105 „Mietwesen“: der Betrag von Fr. 53'000.-- für Entschädigungen betrifft unsere Schlichtungsbehörde. Auf Seite 26 sind wir immer noch im Bereich öffentliche Sicherheit. Kontogruppe 121 „Staatsanwaltschaft“

Fr. 459'400.--: dort sieht man im Vergleich vom Vorjahr einen gewissen steigenden Trend. Ganz unten auf Seite 26 „Feuerwehfpflicht-Ersatzabgaben“ Fr. 1'150'000.--: im Vergleich zum Vorjahr sieht man, dass die Einnahmen abnehmen. Wir wissen auch, dass die Ersatzabgaben insgesamt rückläufig sind. Dies hängt damit zusammen, dass die Jahrgänge langsam aus der Abgabepflicht fallen (wenn man 50 Jahre alt ist, muss man keine Ersatzabgaben mehr bezahlen). Das heisst, dass die Ersatzabgaben in fünf Jahren einiges tiefer sein werden als heute. Für nächstes Jahr ist aufgrund der grossen Einnahmen eine Entnahme aus dieser Spezialfinanzierung vorgesehen. Unten auf der Seite 27 fängt alsdann die Bildung an und setzt sich fort über die Seiten 28 und 29. Auf Seite 29 erlaube ich mir noch den Hinweis auf Gruppe 220 „Sonderschulen“ und dem Konto 261 im Betrag von Fr. 1'148'200.-- an den Kanton. Interessant ist hier, wenn man es mit dem Vorjahr vergleicht, dass eine gewisse steigende Tendenz, aber weniger stark ausgeprägt als auch schon, festzustellen ist Dann Gruppe 230, ein Hinweis zu „Private Institutionen“, wo ein Betrag Fr. 266'700.-- für das Gymnasium Immensee eingestellt ist. Für das Jahr 2018 ist eine Beitragserhöhung vom Bezirk um Fr. 100'000.-- vorgesehen. Gibt es dazu Fragen? Seite 30 „Kultur und Freizeit“: dort bei der Untergruppe „Dienstleistungen, Honorare“ ein Betrag von Fr. 134'000.--. In diesen Betrag ist die Bundesfeier, die Kosten für Küssnacht Klassik, die Jungbürgerfeier, der Neujahresapéro, der Neuzuzügerapéro enthalten. Der Beitrag an das Monséjour ist ein bisschen weiter unten unter Beiträge an private Institutionen aufgeführt. Der Betrag ist Fr. 384'900.--, wovon an das Monséjour Fr. 150'000.-- vorgesehen sind. Das ist seit Jahren sehr stabil. Dann Seite 31: dort möchte ich den Hinweis machen auf Gruppe 340 „Sport- und Freizeitanlagen“. Dies fängt auf Seite 30 unten an und setzt sich auf Seite 31 fort. Beiträge an private Institutionen sind zudem vorgesehen an die Pistolenschützen, welche ihre Anlage erneuern möchten. Hierzu sind Fr. 50'000.-- eingestellt. Die Gesamtkosten für die Erneuerung der Anlage sind ein Mehrfaches höher und werden primär von den Pistolenschützen erbracht. Beim Strandbad Seeburg sieht man – wenn man es mit den vorjährigen Jahren vergleicht – rückläufige Beträge, das ist insbesondere auf die Abschreibungen aufzuführen, welche Jahr für Jahr zurückzuführen sind. Das gleiche ist es beim Strandbad Immensee und auch Seite 32 auch beim Strandbad Merlischachen festzuhalten. Seite 32 „Gesundheit“, dort ein Hinweis zu der Gruppe 440 „Ambulante Krankenpflege Beiträge an private Institutionen“, wo ein Betrag Fr. 577'300.-- aufgeführt ist. Dieser setzt sich zusammen aus der Spitex mit Fr. 500'000.-- und einen Beitrag an das Schweizerische Rote Kreuz. Dann weiter auf Seite 33, dort fängt der Bereich Soziale Wohlfahrt an. Eine Erläuterung zur Sozialversicherung, Beiträge an den Kanton über Fr. 2'197'300.--: das sind Ergänzungsleistungen, das sind AHV/IV-Leistungen, bei denen es eine gewisse Stabilisierung ergeben hat, wenn auch auf hohem Niveau. Dann Gruppe 540 Jugend, Beiträge an private Institutionen ein Betrag von Fr. 749'500.--; davon ein Anteil an das Chinderhuus von neu Fr. 486'000.--, damit wird eine Erhöhung von Fr. 100'000.-- beantragt, und des Jugendtreffs mit Fr. 210'000.--. Das sind die zwei grösseren Beiträge beim Thema Jugend. Dann auf Seite 34 – wir sind immer noch im Bereich soziale Wohlfahrt – relative Grosse Beträge bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Sind dort Fragen? Dann Seite 35 Asylwesen, übrige Sozialhilfe und unten der Verkehr. Dort kommt mir auch nichts in den Sinn, was ich dazu sagen soll. Gehen wir weiter zu Seite 36: dort habe ich einen Hinweis und zwar die Gruppe 620 „Bezirks- und Gemeindestrassen“ die fängt auf Seite 35 an und sieht in der dritten Zeile ordentliche Abschreibungen im Betrag von Fr. 4'039'400.-- vor. Das betrifft insbesondere die Südumfahrung, also der Anteil, den der Bezirk abschreibt für den ersten Abschnitt. Bei diesen ordentlichen Abschreibungen von Fr. 4'039'400 -- werden alleine die für die Südumfahrung Fr. 3'000'000.-- aufgewendet. Man sieht damit wo der Abschreibungsaufwand herkommt. Der wird in den nächsten Jahren natürlich hoch bleiben im Zusammenhang mit der Südumfahrung 1. Von der Südumfahrung 2 will ich gar nicht sprechen, ich möchte auch nicht mehr Säckelmeister sein, wenn sie gebaut wird und schon gar nicht, wenn man sie zahlen muss. Auf Seite 36 unten fängt schliesslich die Gruppe Umwelt und Raumordnung an.

Das Wort wird gewünscht von Pius Bürgler vom Sumpf in Merlischachen. Unter der Position Abwasserbeförderung Spezialfinanzierung hätte ich einen Antrag: einmaliger Beitrag von Fr. 50'000.-- an die Strassengenossenschaft Obstgarten zur Sanierung der Abwasserleitungen (Schmutz- und Meteorleitungen) im Zusammenhang mit der Übernahme der privaten Sammelkanäle zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserleitung Konto Nr. 710.

Begründung: Mit der Übernahme der Pilatusstrasse durch den Bezirk musste die bestehende Strassengenossenschaft Sumpf aufgeteilt werden, in die bestehende, reduzierte Strassengenossenschaft Sumpf (Gebiet unterhalb der Pilatusstrasse) und in eine neue Strassengenossenschaft Obstgarten (Gebiet oberhalb der Pilatusstrasse). Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der neuen Strassengenossenschaft ist der neue Vorstand per Zufall (aufgrund von Insider-Information) auf die Tatsache gestossen, dass die Abwasserleitungen im Gebiet Obstgarten immer noch in Privatbesitz sind, obschon diese Leitungen seit der Erstellung anfangs der 80er Jahre bereits als Sammelkanäle mit öffentlichem Interesse qualifiziert waren (mehr als 40 Anschlüsse). Gemäss Kanalisationsreglement genügen bereits 5 Anschlüsse für diese Qualifikation.

Warum sind diese Leitungen nicht bereits bei der Erstellung ins Eigentum des Bezirks übergegangen? Es fehlte schlicht und einfach an einer genügenden Information der Eigentümer durch den Bezirk. Obwohl wir im Vorstand der Strassengenossenschaft Sumpf, durch einen Bezirksamman, einen Statthalter und einen Bauressort-Verantwortlichen vertreten waren, wurde meines Wissens nie auf die Möglichkeit einer Übergabe der Abwasserleitungen an den Bezirk informiert. Auch vom amtierenden Bezirksrat, der Mitglied der Strassengenossenschaft Sumpf ist, habe ich nie von einem entsprechenden Hinweis erfahren. Über die Gründe der Nicht-Information möchte ich nicht grübeln, da von den erwähnten ehemaligen Bezirksratsmitgliedern bereits zwei das zeitliche gesegnet haben. Die ganze Sanierung der privaten Sammelkanäle mit öffentlichem Interesse belastet die Eigentümer im Gebiet Obstgarten zirka Fr. 140'000.-- (nach Abzug von zirka Fr. 12'000.--Subventionen). Darin sind die privaten Anschlüsse nicht inbegriffen, die nochmals einen happigen Betrag ausmachen. Das Erstellen eines Perimeters für die Sanierungskosten (Verteilschlüssel) kann sich im Nachhinein als sehr schwierig erweisen und zusätzliche Juristenhonorare erzeugen. Der Beitrag belastet das Budget nur indirekt, da es mit den Benützungsgebühren für das Abwasser finanziert wird und somit das ausgewiesene Defizit nicht erhöht (Spezialfinanzierung). Bei einer ausreichenden Information hätten die Eigentümer gerne die Abwasserleitungen nach der Erstellung und Abnahme durch die HSK in einem einwandfreien Zustand dem Bezirk übergeben. Den beantragten einmaligen Beitrag von Fr. 50'000.-- erachte ich als kleinen Denkkzettel an den Bezirksrat, damit er diese Problematik in Zukunft besser angeht.

Um allen Grundeigentümer eine Chancengleichheit zu bieten und dass sie nicht auf Insiderinformationen angewiesen sind, möchte ich dem Bezirksrat folgenden Auftrag mitgeben:

Auftrag an den Bezirksrat:

- Eine proaktive Information der Grundeigentümer über Möglichkeit der Übergabe von privaten
- Sammelkanäle mit öffentlichem Interesse. Die Mitteilung vom 20.10.2017 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung aber immer noch ungenügend.
- Das Potenzial der privaten Sammelkanäle mit öffentlichem Interesse ist im Netz (Homepage Bezirk) benutzerfreundlich aufzuschalten.
- Die betroffenen Strassengenossenschaften sind persönlich anzuschreiben.
- Bei Neuerschliessungen sind die Leitungen automatisch zu übernehmen, ausser wenn sich betroffene Grundeigentümer schriftlich dagegen wehren.

Das waren meine Ausführungen, besten Dank.

**Bezirksamman Michael Fuchs:** Besten Dank, Herr Bürgler. Aber leider muss ich sie enttäuschen. Das ist ein kein zulässiger Abänderungsantrag, da er gebundene Ausgaben betrifft, welche wiederum zur Spezialfinanzierung gehören. Auf Seite 9 der Botschaft, zweiter Abschnitt, wird dies detailliert umschrieben. Überdies ist kürzlich in der Zeitung beschrieben worden, wie wir vorgehen, wenn eine Übernahme von privaten Leitungen in öffentlichen Interessen beantragt wird.

Trotzdem nehme ich den Antrag sehr ernst. Diese Anliegen, welche sie hier erwähnt haben, teilen wir vollkommen. Diesem Thema wurde lange sehr wenig Beachtung geschenkt. Im Zusammenhang mit der neueren Planung GEP – GEP bedeutet generelle Entwässerungsplanung – welche wir auch zusammen mit dem Abwasserungsverband GVRZ jetzt konsequenter und zielgerichteter ausführen. Das sind aktuelle Themen. Es ist auch so, dass viele Leute nicht wissen welche Leitungen privat sind oder Sammelkanäle wären. Es ist sicher ein guter Hinweis mit einer Medienmitteilung Informationen zu streuen und zu schauen, dass die entsprechenden Informationen an die Leute kommen. Falls sie wissen wollen, ob ihre Leitungen zu Sammelleitungen gehören, können sie gerne im Ressort Infrastruktur nachfragen und dies zusammen anschauen. Es gibt Pläne, diese stehen aber im Moment noch nicht für jeden zur Verfügung. Aber es gibt sie. Es ist sicher ein gutes Anliegen und ich schaue, dass wir das noch einmal aufnehmen und auch kommunikativ etwas verbessern können. Wir nehmen den Antrag als Anregung gerne auf und werden es intern noch einmal prüfen. Besten Dank. Gibt es noch weitere Fragen zu diesem Thema?

Ich bitte den Herr Säckelmeister fortzufahren.

Hansheini Fischli: Ich fahre weiter auf Seite 37 mit der Abfallbeseitigung usw. Seite 38 hahaha, dort geht es um den übrigen Umweltschutz. Ich habe mir das auch sehr gut markiert in der Botschaft... wie der Bezirksamman auch... im Konto 318 „Dienstleistung, Honorare“ im Betrag von Fr. 120'700.-- ist das Energieförderungsprogramm enthalten. Ich frage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt?

Das Wort wird verlangt von Bernadette Wasescha, Präsidentin SVP Küssnacht und Kantonsrätin:

Sehr geehrter Herr Bezirksamman  
Geschätzte Bezirksrätin  
Werte Herren Bezirksräte  
Geschätzte Bürgerinnen und Bürger

Der Regierungsrat hat am 29. September 2016 einen Marschhalt für das kantonale Energiegesetz verkündet. Am 27. Mai 2017 hat das Stimmvolk die kantonale Initiative, welche ein Anreizsystem schaffen wollte, mit 70% Nein-Stimmen abgelehnt. Der Schwyzer Kantonsrat hat am 25. Oktober 2017 die Motion M 2/17, Anpassung Energiegesetz - Gelder aus der CO<sub>2</sub>-Steuer, auf Anraten des Regierungsrates mit 42 zu 50 Stimmen als nicht erheblich erklärt und das Geschäft somit abgeschrieben. Zwei Tage später liest man in der Presse, dass sich die Bezirksamman aller sechs Bezirke zu einer Medienkonferenz versammelt haben um ein eigenes Förderprogramm zu starten. Der Kantonsrat ist klar der Meinung, dass es kein zusätzliches Förderprogramm braucht. Mit diesem fragwürdigen Verhalten stellen sich die Bezirke nicht nur gegen die Regierung, den Kantonsrat und den Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sondern auch gegen unsere Gesetze. Mit dem Beschluss Nr. 850/ 2017 hält der Regierungsrat nämlich fest, dass keine genügende gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen der Bezirke vorhanden ist. Wir Kantonsräte Fragen uns auch, auf welcher gesetzlichen Grundlage dieses

Förderprogramm gestützt ist, welches nun in Küsnacht und in den anderen Bezirken gegründet werden soll? Ich bin überzeugt, dass dieser Fehlanreiz zum grössten Teil ein wirkungsloses Subventionsprogramm darstellt. Es ist doch jeder Bauherr selbst daran interessiert, für seine Investition die beste, effizienteste und ökologischste Lösung zu finden. Egal ob er zusätzlich ein paar Franken abschöpfen kann. Es ist in seinem Interesse die Energieeffizienz auszunutzen und das auf dem Markt beste Produkt zu wählen. Der Steuerzahler zahlt die Subventionen (ob mit Bundes-, Kantons- oder Bezirkssteuern). Ob nun jeder Bürger, der nie in seinem Leben ein Eigenheim besitzt, gewillt ist seinen Beitrag in dieses Förderprogramm zu investieren, bezweifle ich stark. Es kann doch der Steuerzahler nicht immer nur gemolken werden! Was wenn die Bezirke sich dazu entschliessen dieses Förderprogramm zu unterstützen? Der Regierungsrat hat die Pflicht sich an die Beschlüsse des Kantonsrates zu halten. Wo ist also die rechtliche Grundlage zu diesem Projekt? Wohl wenig überlegt und nicht zu Ende gedacht! Darum lehnen sie bitte diese unnötigen Fördergelder ab.

Im Voranschlag 2017 „Übriger Umweltschutz“, auf Seite 38, Konto 318.00, „Dienstleistung und Honorare“ darunter versteckt sich das Konto 780.318.40, sie sehen das nicht im Voranschlag, dort ist in der Energieplanung der Betrag von Fr. 63'000.-- für das Energieförderprogramm zu streichen. Ich bitte sie diesen Antrag zu unterstützen. Danke vielmals.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank Frau Wasescha für ihr Votum. Sind zu diesem Punkt weitere Wortmeldungen gewünscht?

Alex Keller, Gibschrain 18, 6403 Küsnacht am Rigi: Auch ich bin Kantonsrat, Kollege von der Bernadette und Präsident von der SP Küsnacht.

Geschätzter Bezirksammann  
Geschätzte Bezirksrätin  
Geschätzte Herren Bezirksräte  
Liebe Anwesende

Wie Bernadette Wasescha ausführte, hat am 29. September 2016 der Regierungsrat einen Marschhalt für das kantonale Energiegesetz verkündet und die Revision vom kantonalen Energiegesetz aufs Eis gelegt. Damit hat der Regierungsrat das Heft aus der Hand gegeben und es geht wichtige Zeit verloren. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der Gesetzesrevision und der Verordnung des Bundes im Rahmen von der Energiestrategie 2050 auf den 1. Januar 2018 droht damit der Kanton Schwyz weiter ins Hintertreffen zu kommen. Beispielsweise bei der Verteilung der Gelder der Teilzweckbildung der CO<sub>2</sub>-Abgabe für erneuerbare Energie. Ich selber habe die Heizung auch erneuert. Ich habe eine Wärmepumpe installiert, andere haben die Heizung ausgetauscht oder die Ölheizung erneuert. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass man einfach dann auf ökologische Lösungen kommt. Es war ein grosser Betrag, welchen ich investiert habe. Der Monteur fragte mich, wieso ich das machen wolle. Es lohne sich nicht, man sollte mit der Ölheizung weitermachen. Es war mir aber ein persönliches Anliegen. Wenn man die ganze Siedlung anschaut, gibt es zwei, welche eine Wärmepumpe haben und alle andern haben eine Ölheizung. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass wenn man privat investiert, man automatisch eine umweltgerechte Lösung findet. Das muss jedem Einzelnen etwas Wert sein. Ich glaube Einzelne sind froh, dass sie vom Bezirk unterstützt werden. So kann man die Umstellung wirklich fördern. Wir haben eine Klimaerwärmung, alle denken man sollte logisch handeln und wir haben ständig weitere Probleme. In diesem Zusammenhang ist auch die ganze Energiesache aufgetaucht. Dann gibt es eine Motion unter dem Titel Anpassung Energiegesetz, dass man das Geld von der CO<sub>2</sub>-Steuer, die von der Schweizer Bevölkerung und der Wirtschaft bezahlt wurde, zurückholen sollte. Im Kantonsrat wurde diese Motion mit 42 zu 50 Stimmen als nicht erheblich erklärt. Aber es

sind auch 42 Kantonsräte die es gewollt haben. Man sieht nur immer das der Kantonsrat dagegen war, aber es sind nur eine Mehrheit dagegen gewesen. Dann frage ich mich: sehen sie die Zeichen der heutigen Zeit nicht? Ich stelle das wirklich in Frage und ich finde es erfreulich, dass der Bezirk die Initiative in diesem Bereich übernommen hat. Die Bezirksräte sind auch Mitglieder von der FDP, sind auch Mitglieder von der SVP, die haben nicht wie von der Fraktion abgesprochen gestimmt, sondern haben die Notwendigkeit gesehen. Ich bin froh, dass unsere Bezirksräte so handeln. Mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 5.-- pro Einwohner fliessen doppelt so viele Bundesgelder (zirka Fr. 1'500'000.--) in das Energieförderprogramm zurück. Unser Bezirk hat seit längerer Zeit auf diesen Puls gesetzt, damit im Energiebereich Sachen investiert von privater Seite werden. Jetzt wird unser Bezirk auch noch belohnt und kann das kombinieren. Ich bin froh, dass unser Bezirk als Energie-Stadt in diesem Bereich tätig ist. Neben der Umwelt profitieren von den zahlreichen Sanierungsprojekten auch lokale Unternehmer. Dies war auch in meinem Fall so, als eine Firma von einem FDP-Unternehmer den Auftrag erhielt. Aus diesem Grund bitte ich sie, lassen sie die Fr. 63'000.-- in diesem Budget. Danke vielmals.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank Herr Keller, es ist ein weiteres Votum gewünscht. Ich sehe die Kantonsräte werden fast geschlossen hier vorne sein.

Stefan Christen, Bürgerstockhöchi 35, 6403 Küssnacht am Rigi:

Geschätzter Bezirksrat  
Geschätzte Mitbürger

Ich muss hier auch noch ein kleines Votum haben. Aber vermutlich ein bisschen ein kürzeres als das von Alex. Ich staune wie wirtschaftsfreundlich er hier auftritt. Vielen Dank. Es ist so, man spricht hier von Geld, das man abholen kann. Das ist so ein Subventionsmodell, welches wir zum Erfolg verhelfen möchten indem wir noch einmal etwas hinterher werfen. Man kann sagen es sind Fr. 5.-- pro Bürger, aber wichtig ist mir zu sagen, dass man zu diesen Fr. 5.-- weitere Fr. 6.-- bis 10.-- holen kann. Wie der Regierungsrat es ausgeführt hat, wird es nicht dabei bleiben. Er wird sich hier nicht beteiligen. Es bleibt folglich auf der Stufe des Bezirks hängen. Und glauben sie mir, haben sie das Gefühl es kostet kein Geld mehr das Geld in Bern abzuholen? Dieses Zeug muss überwacht werden, es müssen Anträge gestellt werden und all das wird der Bezirk dürfen/müssen zahlen. Ich bin froh wenn sie diesen Antrag ablehnen und gegen diese Subventionspolitik sind. Ich denke Küssnacht kann sich trotzdem Energiestadt nennen. Vielen Dank.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank Herr Christen, ich habe es mir schon gedacht, dass es noch andere Kantonsräte gäbe, die noch etwas sagen möchten.

Ich denke die letzte Farbe muss auch noch sprechen, Christian Schuler, Kantonsrat CVP, Bürgerstock.

Lieber Bezirksammann  
Liebe Damen und Herren

Man kann sich etwa ausrechnen wie meine Meinung ist. Sie haben es von den Vorgesprechern gehört: es geht hier um Fr. 63'000.--. Küssnacht ist eine Energiestadt und – auch das ist schon erwähnt worden – Küssnacht hat schon lange Fr. 50'000.-- gefördert. Wir haben die ganzen letzten Jahre schon Energieförderung betrieben. Um was geht es jetzt? Es geht um Fr. 13'000.-- zusätzlich zu investieren, das heisst Fr. 1.-- pro Bürger mehr und dann kann der Kanton Schwyz rund Fr. 1'500'000.-- vom Bund abholen. Gratulation an den Bezirksrat, dass sie mit den anderen Bezirken gesprochen hat, dass man hier eine gemeinsame Sache daraus machen will, dass man das Zeug fördern möchte.

Es gibt Bezirke im Kanton Schwyz, die sind weiter. Der Bezirk Schwyz hat dieses Thema stark in Anspruch genommen und es gibt Bezirke die halt ein bisschen weniger stark darauf geschaut haben. Jetzt möchte man gemeinsam etwas zurückholen. Fr. 1.-- mehr für Küssnacht pro Einwohner, dann können wir Fr. 1'500'000.-- abholen. Das sind Argumente, die man nicht wegdiskutieren kann. Dann sind wir eine Energiestadt. Der Bezirk hat gesagt man macht etwas, man macht bei der Turnhalle Sonnenkollektoren aufs Dach. Man macht im Seematt Warmwassernutzung, das ist der Zeitgeist den man spürt. Vorher hat man auch schon gehört, dass es unsere Regierung und der Kantonsrat etwas anders sehen. Deshalb bravo Bezirksrat, dass sie den Puls von den Leuten ein bisschen spüren. Wir haben übrigens auch anfangs Jahr das Energiegesetz bundesweit angenommen von dem her möchten wir das weiterhin noch fördern. Wir stossen mit diesem Beitrag genau in diese Richtung. Fr. 1.-- mehr pro Einwohner und dann können wir Fr. 1'500'000.-- mehr abholen für die Energieförderung. Besten Dank.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank Herr Schuler. Somit wären alle Parteien vom Kantonsrat einmal vertreten gewesen. Jetzt kommt noch eine weitere Partei zum Sprechen.

Hanspeter Kennel, Lärchenweg 2, nicht Kantonsrat, aber ich finde man darf auch etwas dazu sagen:

Lieber Bezirksrat  
Liebe Küssnachterinnen und Küssnachter

Wie ist es überhaupt zu dem gekommen? Der Regierungsrat hat hier eigentlich sistiert und darum hat diese Diskussion angefangen. Es hätte noch einmal eine kleine Chance gegeben. Die GLP hat den Antrag gestellt, dass man mit einer Motion nochmals auf das berühmte Resultat von 50 zu 42 eintrete. Ich schätze es auch ausserordentlich, dass die Bezirke mit den Bezirksammännern das Heft in die Hand genommen haben. Ich finde es wichtig festzuhalten, dass man immer von „abholen“ spricht, aber das Geld haben wir durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe sowieso schon bezahlt. Das hat bis jetzt noch niemand gesagt. Wir haben mit diesen CO<sub>2</sub>-Abgaben rund Fr. 10'000'000.-- - also die Bürger – an den Bund gezahlt. Jetzt haben wir beschlossen, dass wir eigentlich gar nichts zurückholen möchten. Ich würde sagen, wenn man für das Gewerbe einsteht, dann muss man das auch wirklich tun. Dann kann das Gewerbe auch ein Geschäft machen dann zahlen sie auch mehr Steuern. Viel von dem Geld, welches der Bezirk investiert, wird sogar in Form von Steuereinnahmen wieder zurückkommen. Der Kanton Schwyz hat nicht nur Nein gesagt zur Energievorlage, sondern er hat auch Ja gesagt zur Energiestrategie 2050. Zum Glück und um dem gerecht zu werden, geht diese Vorlage genau in die richtige Richtung. Darum beantrage ich diesen Antrag abzulehnen, weil es für unser Gewerbe wichtig ist, wir holen unser Geld retour. Unser Gewerbe hat die Möglichkeit, im Bereich Energieeffizienz ein gewisses Fachwissen abzuholen. Das wird in Zukunft ganz wichtig sein. In diesem Sinn und Geist machen wir das. Es ist gut investiertes Geld und es geht genau in die richtige Richtung. Danke vielmals.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank Herr Kennel. Ich kann kurz zusammenfassen, bevor das wir dann zur Abstimmung kommen. Wie schon gesagt worden ist, es ist bei dieser CO<sub>2</sub> Abgabe... Möchtest Du auch noch kurz?

Herr Imhof: Ich habe nur eine kurze Anfrage. Ich habe im Reithof draussen auf dem Land gewohnt und dort ist ein Betrag von Fr. 50'000.-- Hundesteuer darin. Wer alles muss Hundesteuer zahlen? Ein Bauer welcher Nutzhunde hat oder auch ein Jäger? Wie wird das unterschieden? Das wäre meine Frage? Zahlt der Bauer auch Fr. 50.-- für einen Hund, der ein Nutzhund ist? Es ist dann nicht einer der Dreck macht und der Bezirk diesen aufräumen muss... Das ist meine Frage...

**Säckelmeister Hansheini Fischli:** Wir sind jetzt noch nicht auf den Hund gekommen. Aber wir sind im Moment noch bei der Energieförderung. Ich kann aber diese Frage schon beantworten. Die Hundesteuer zahlen alle Halter von Hunden. Hofhunde zahlen auch Hundesteuer, aber einfach einen reduzierten Betrag.

Severin Isenschmid, Präsident FDP Küssnacht:

Sehr geehrte Damen und Herren Bezirksräte  
Geschätzte Damen und Herren an der Bezirksgemeinde

Als erstes zu der Heizung, ich arbeite mittlerweile in einem Heizungsgeschäft und es ist ja nicht so, dass Ölheizungen die Regel wären, sondern die grosse Ausnahme. Wer rechnet, der nimmt tendenziell eine Wärmepumpe. Auch ohne Anreiz. Vielleicht als erstes zum Antrag der SVP, welchen die FDP. Die Liberalen unterstützen. Dieser Antrag, dass man den aus dem Budget wirft, dieser unnötige Energieförderbeitrag und zwar aus Gründen, welche zum Teil schon genannt worden sind. Ich möchte mich da kurz halten. Als erstes: das ist aber schon wichtig und zwar der Kanton wird keinerlei Unterstützung bieten für die Umsetzung. Das hat man schriftlich, der Bezirk muss sich selber organisieren um diesen Energieförderbeitrag abzuholen. Das heisst jemand muss diese Gesuche schreiben, was sicher nicht einfach ist, weil das mit dem Bund zu tun hat. Da braucht es sicher irgendein paar Stellenprozente mehr und wer zahlt das? Der Bezirk? Es geht ja um möglichst wenig Geld. Die einen sagen Fr. 1.-- pro Stimmbürger und dieser Fr. 1.-- ist dann ziemlich schnell weg, wenn man zusätzliche Personen einstellen muss. Die rechtliche Grundlage – welche auch schon Frau Wasescha angesprochen hat – ist ziemlich wichtig. Sofern man keine rechtliche Grundlage zum Einholen der Förderbeiträge hat, bekommt man schlicht keine. Diese Abklärung muss man auch wieder machen und dass ist dann Juristenfutter und das ist ja bekanntlich auch nicht gratis. Dann fragt man sich wie viel dann wirklich noch übrig ist vom Geld. Das sind die formellen administrativen Punkte, die aber auch sehr wichtig sind. Was aber noch wichtiger ist: es gibt – jedenfalls so viel man gehört von der vorgängigen Beratung im Kantonsrat – keine Studien, welche irgendeine Wirkung nachweisen. Es ist einfach nur ein Zuckerchen für diejenigen, welche sowieso schon bauen. Diese bauen aus eigenem Interesse – wie schon gesagt – sowieso schon möglichst energieeffizient, da jedem das einige Portemonnaie am Schluss am nächsten ist. Wenn er am Schluss noch einen Beitrag bekommt ist das auch gut und wer zahlt das? Das zahlen die Stimmbürger weil die Subventionen nicht vom Himmel fallen. Befürworter sagen, man muss das Geld nur abholen, das ist ein Töpfchen wo in Bern liegt, das kann jeder Mal holen. Wenn wir es nicht holen, holt es jemand anders. Aber mit solch einer Einstellung kommen wir auch nicht weiter. Das ist weder bürgerlich noch nachhaltig noch sparsam noch sonst irgendetwas. Geld wo in diesem Programm drin ist, kommt ausserdem mit der Energiestrategie wieder zurück. Es kann doch nicht sein, dass wir sagen es liegt hier und weil es dort ist gehen wir es holen damit es niemand anders holt. Dann kann ich gerade so gut sagen: sobald ich Franchisen und den Selbstbehalt ausgenutzt habe, gehe ich wegen jedem Problem noch zu einem Spezialarzt. Ich habe das ja bezahlt, die Leistung ist ja dort und ich kann die ja holen. Wenn ich so überlege dann zahlen am Schluss alle mehr Steuern und bei der Krankenkasse alle mehr Prämien. Aus all diesen Gründen empfehle ich ihnen dringend den Antrag der SVP statt zu geben. Besten Dank.

**Bezirksammann Micheal Fuchs:** Besten Dank Herr Isenschmid, jetzt kommt natürlich sicher noch jemand.

Geschätzter Bezirksamman  
Geschätzte Bezirksrätin  
Geschätzte Herren Bezirksräte

Mein Name ist Mathias Bachmann, Kantonsrat und wohne in Merlischachen, Hausmattweg 31.

Ich dachte ich müsste auch noch etwas sagen und nach dem Votum werde ich jetzt auch noch einmal herausgefordert. Ich möchte mich trotzdem kurz halten. Man sollte diesen unnötigen Beitrag streichen... wenn man das hört, dann frag ich mich wo die SVP und FDP gewesen sind. Diese Beträge sind immer eingestellt gewesen. Die Fr. 50'000.-- waren schon dort und niemand hat etwas gesagt und jetzt plötzlich wegen diesen Fr. 13'000.-- mehr geht das nicht mehr. Man tut so, als würde es rechtlich nicht gehen. Es wird schwierig, aber aus meiner Sicht und so wie ich den Kantonsrat wahrnehme, geht es nur um etwas. Wir, der Kantonsrat haben einfach immer dagegen gehalten. Die Mehrheit aus dem Kantonsrat hat gesagt, dass es uns nichts angeht. Das wollen wir nicht. Und jetzt? Wir sind föderalistisch aufgestellt, jetzt haben unsere Bezirke sich auf die Beine gestellt. Wenn es der Kantonsrat nicht macht, machen wir es. Unser Bezirk hat schon seit langem das Geld eingestellt und sich für die Energiestadt stark gemacht, jetzt muss er noch Fr. 13'000.-- mehr zahlen. Dann sind wir in diesem Energieförderprogramm dabei. Man muss sich das vorstellen, all die Jahre ist alles immer gut gewesen mit diesen Fr. 50'000.-- und plötzlich ist der Bezirk nicht mehr zufrieden. Die Bezirksräte sind nicht mehr zufrieden was der Kanton geleistet hat und was an dem alles schlecht ist, ist mir doch noch schleierhaft. Es ist für mich nichts anderes als ein föderalistischer Entscheid. Wir haben hier immer gesagt, ja die rechtliche Grundlage das könnte Juristenfutter geben. Aber wir müssen sehen, wir sind den Souverän. Wir entscheiden über den Vorgang und wenn wir sagen wir wollen das hier so einstellen, dann machen wir das so. Die Bezirke March, Höfe, Schwyz und Gersau haben alle vor einer Woche noch zugesagt. Wenn das gesetzlich so schwierig wird, dann frage ich mich schon was die Leute von March und Höfe alles gedacht haben. Die sind ja auch nicht von gestern. Von dort her denke ich schon, dass wir diesem Programm gutmütig entgegen schauen können. Ich habe mal Versucht zu zählen wie oft das Wort Subventionen heute gebraucht wurde. Es war sicher 20 Mal gewesen. Ich habe aufgehört zu zählen. Es ist Geld welches wir eingezahlt haben. Mit tanken, Erdöl beziehen usw. Jetzt möchte ich davon etwas investieren, dann bekomme ich das wieder zurück und das ist nicht Subvention. Das Förderprogramm – das unterstützt werden soll – das muss man ein bisschen unterscheiden. Es ist nicht so, dass wir einfach so Geld bekommen, Steuergeld. Das ist Geld dass wir eingezahlt haben. Ich bitte sie, dass sie trotz dieser Nebelpetarden, die am Schluss noch gezündet wurden, dem Antrag nicht zustimmen. Herzlichen Dank.

**Bezirksamman Michael Fuchs:** Besten Dank Herr Bachmann, sind noch weitere Voten gewünscht? Sonst kann ich kurz zusammenfassen um was es geht. Es ist schon gesagt worden, dass es um die Fr. 1'500'000.-- für Energiefördergelder geht, welche dem Kanton Schwyz zur Verfügung gestellt werden können. Um dies auszulösen, braucht es ein kantonsweites Förderprogramm. Der Kanton selber hat es abgelehnt ein Förderprogramm aufzustellen, doch die Bezirke haben bereits vor einem Jahr miteinander diskutiert und geprüft, was gemacht werden kann, damit doch ein kantonsweites Programm zu Stande kommt, welches der Bund auch akzeptiert. Dies aber nur dann, sofern der Kanton auf irgendeine Weise kein Programm auf die Beine stellt. Es gibt wenige Kantone die so handeln wie der Kanton Schwyz und kein Programm machen, aber es gibt sie. Es gibt auch Kantone, die es delegiert haben. Die rechtlichen Grundlagen vom Bund her sind grundsätzlich gegeben und diese wurden auch vom Kanton so bestätigt. Wenn der Bezirk für 2018 diese Mittel so sichern möchte, dann investieren wir Fr. 5.-- pro Einwoh-

ner. Wir betreiben seit 2010 ein eigenes Förderprogramm das bisher zu fast keiner Kritik führte. In den letzten 3 bis 4 Jahren wurden jeweils rund Fr. 50'000.-- budgetiert. Das bedeutet, wenn wir den Betrag um Fr. 5.-- pro Einwohner anheben, dann können wir die kompletten Fördergelder, welche für den Kanton Schwyz zur Verfügung gestellt werden, auch abholen. Warum befürwortet die Bezirke des Kantons Schwyz dieses Programm? Wir können mit unserem Beitrag eine doppelte oder gar dreifache Wirkung erzielen, die der Bund selber einschiesst. Das ist Geld, welches wir durch die CO<sub>2</sub>-Abgaben entrichtet haben. Dieses Geld kommt nicht einfach so zurück wie das auch schon in einem Lesebrief gestanden ist. Weil wenn es nämlich von der Krankenkasse zurückkommt, sind es anstatt Fr. 1'500'000.-- noch genau Fr. 22'000.-- für den ganzen Kanton. Deshalb müssen wir auch ein Förderprogramm haben damit das ganze Geld abgeholt werden kann. Wie es auch schon gesagt worden ist, glauben wir wirklich daran, dass wir dadurch mehr Investitionen im Umfang von Faktor 5 bis 10 erreichen können. Das ist Geld, welches definitiv in der Region bleibt, denn da kommen meistens die lokalen oder regionalen Unternehmen zum Zuge. Damit würden wir für die Energiestrategie 2050, zu der wir als Volk Ja gesagt haben, effektiv etwas beitragen. Wir würden aber auch etwas für weniger Energiekosten machen, was sowohl dem Eigentümer als auch dem Mieter gut kommt. Die rechtliche Grundlage bieten wir, indem sie das Annehmen respektive den Antrag ablehnen an der Bezirksgemeinde (so wie das bereits die andren vier Bezirke gemacht haben). Falls wir und auch Einsiedeln beide Ja sagen, kann man mit dem Programm weiterfahren. Die administrativen Kosten sind auch geregelt. Der Bund entrichtet dafür eine zusätzliche Vergütung. Auch administrativ ist es gut handelbar, wenn der Kanton sich auf die Grundlage stellt, nicht mitzuhelfen. Bis jetzt möchte er es nicht zahlen, vielleicht möchte er aus Trotz auch später nicht mitmachen. Dann muss halt jemand aus den Bezirken die Administration machen und wissen, es ist möglich und nicht eine so grosse Hexerei. Darum bitte ich sie auch im Namen vom Bezirksrat diesen Antrag abzulehnen und das Geld vom Energieförderprogramm im Budget zu belassen.

Wir haben einen Antrag und dieser Antrag heisst, dass aus dem Konto 318.00 Dienstleistungen und Honorare, übriger Umweltschutz der Betrag von Fr. 63'000.-- gestrichen wird. Wer diesem Antrag der SVP zustimmen möchte, soll das bitte mit Handerheben bezeugen. Gegenmehr? Ich glaube ich muss die Stimmzähler nicht bemühen, das ist eindeutig. Mit einem deutlichen Mehr ist dieser Antrag abgelehnt worden. Besten Dank. Ich bitte den Säckelmeister fortzufahren.

**Säckelmeister Hansheini Fischli:** Wir sind auf der Seite 38 und kommen nun zur Gruppe 8 „Volkswirtschaft“. Ganz unten stehen noch die Finanzen und Steuern. Die gehen weiter auf der Seite 39. Da möchte ich bei den Bezirkssteuern darauf hinweisen, dass wir weiterhin von einem Wachstum ausgehen, aber mit einem deutlich geringeren als noch im letzten Jahr. Dort sehen sie ebenfalls das Konto 406 „Hundesteuern“, welches heute auch schon ein Thema war, mit Fr. 50'000.--. Herr Imhof, wie sie sehen, ist es eine sehr stabile Steuer. Hunde sind somit sehr treue Steuerzahler. Ich glaube es sind Fr. 100.-- pro Hund und Jahr. Also können sie selbst etwa ausrechnen wie viele Hunde wir im Bezirk Küssnacht haben – wenn alle Hundehalter ihre Steuern auch bezahlen. Bei Seite 40 wären wir auch beim Ende der Details der laufenden Rechnung angelangt. Ich gehe gerade weiter zur Investitionsrechnung wo sie die Details auf Seite 41 sehen. Seite 41 ist eigentlich eine Zusammenfassung, eine Artengliederung, und auf den Seiten 42, 43 und 44 sehen sie die Details zur Investitionsrechnung. Ich habe schon vorgängig ein paar Positionen erwähnt, welche sie vor allem in dieser Tabelle vorfinden. Ein Bestandteil des Voranschlags ist auch das Budget vom Pflegezentrum Seematt; das finden sie auf der Seite 53. Dann kommen wir zum 4. Element des Voranschlags und das ist der Steuerfuss. Der Bezirksrat beantragt die Einbehaltung von 165 Einheiten. Ich habe auch schon gesagt, dass wir auf der Gegenposition zum Defizit ein Kapital von fast 47 Millionen Franken haben. Deshalb gibt es keinen Anlass am Steuerfuss etwas zu machen. Dann mache ich noch einen ganz kurzen Ausblick. Vor einem Jahr ha-

be ich an dieser Stelle für 2017 ein positives Ergebnis in Aussicht gestellt, mit einem kleinen Überschuss von rund Fr. 115'000.--. Auch bis 2020 haben wir zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen eine mehr oder weniger ausgeglichene Rechnung erwartet. Heute muss ich Ihnen sagen, dass wir diese Ziele nicht erreichen werden. Wir gehen für 2017 von einem Fehlbetrag von rund Fr. 1'500'000.-- aus. Budgetiert war ein Überschuss von Fr. 140'000.--. Wahrscheinlich wird sich aber ein Defizit einstellen von Fr. 1'500'000.--. Den Grund habe ich ihnen schon mehrmals erwähnt. Die Steuereinnahmen liegen unter den Erwartungen und von dort her müssen wir am 11. Dezember, auch wenn noch ein paar Tage bis Ende Jahr geht, mit einem grösseren Fehlbetrag rechnen. Das ist auch die Basis für das nächste Jahr und auch für die folgenden Jahre. Darum gehen wir aufgrund dieser aktualisierten Basis davon aus, dass im Gegensatz zum rosigen Ausblick vor einem Jahr sich die Aussichten im Ganzen ein bisschen eintrüben und wir deshalb Fehlbeträge erwarten. Das ist aber weiterhin nicht so dramatisch, weil wir genügend Eigenkapital haben um das Defizit zu tragen. Die Frage vom Steuerfuss wird sich in Küsnacht so schnell nicht stellen und von dort her gesehen, selbst wenn diese Prognose zutrifft, wissen wir, dass ein Jahr später sich alles wieder ganz anders präsentieren kann. Man weiss es wirklich nicht, die Steuereinnahmen hängen davon ab, ob die bisherigen Steuerzahler im Bezirk bleiben, welche wegziehen und welche zuziehen. Insofern kann es sich auch wieder ändern, dass wir zu einem stärkeren Wachstum zurückkehren. Soweit meine Ausführungen zum Voranschlag 2018. Ich gebe das Wort gerne zurück zum Versammlungsleiter.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank, wird das Wort zum Voranschlag 2018 soweit zu diesen Themen der laufenden Rechnung, Investitionsrechnung, Voranschlag Pflegezentrum, Festsetzung Steuerfuss noch verlangt?

**Landschreiber Marc Sinoli** verliesst den Antrag:

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:** Genehmigung des Voranschlages 2018, umfassend die laufende Rechnung, die Investitionsrechnung, der Voranschlag Pflegezentrum und die Festsetzung des Steuerfusses auf 165%.

**Bezirksammann Michael Fuchs:** Besten Dank. Ich werde zwei Abstimmungen vornehmen, als erstes zum Voranschlag 2018 und zweitens zum Steuerfuss.

Wer den Voranschlag 2018 so zustimmen möchte, bitte ich dies mit Handerheben zu bezeugen. Gegenmehr. Besten Dank für ihr Vertrauen.

Dann kommen wir zur zweiten Abstimmung: ... Bevor die Abstimmung durchgeführt werden kann, weist Eva Isenschmid darauf hin, dass auch die Enthaltungen zu erfragen sind.

Gut, vielen Dank für ihren Hinweis, dann frage ich noch, ob es Enthaltungen gibt? Besten Dank.

Dann kommen wir zum Steuerfuss: Wir möchten 165% Steuerfuss vorschlagen, wer dem zustimmen möchte bitte ich dies mit Handerheben zu bezeugen. Gegenmehr. Enthaltungen? Besten Dank.

Somit haben wir das Traktandum 5 auch erledigt. Traktandum 6 ist Verschiedenes. Ich eröffne auch hier gerne die Runde für Voten, Diskussionen, Anregungen und Fragen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet die Diskussion.

Adi Kälin ergreift abschliessend das Wort. Er drückt seine Freude über das Ergebnis zur Energieförderung aus. Es erinnere ihn an das rebellische Verhalten früherer Tage. Es sei ermutigend, wenn sich der Stimmbürger zwischendurch kritisch äussere und nicht jede Entscheidung des Kantonsrats mittrage.

Michael Fuchs: Besten Dank für die Ermutigen Worte. Gibt es noch weitere Voten? Ich stelle fest dass das Wort nicht mehr verlangt wird. Ich weise am Schluss auf die Bezirksgemeinde zur Rechnung 2017 hin. Diese findet am 9. April 2018, die vorgängige Pressekonferenz am 20. März 2018 statt. Gleichentags wird die Orientierung der Parteien abgehalten. Es ist heute Freinacht für diejenigen, welche noch nicht genug haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, eine besinnliche Adventszeit und danach frohe Festtage. Vielen Dank für das Erscheinen und das engagierte Mitdiskutieren. Damit schliesse ich die Bezirksgemeinde. Danke schön.

Schluss der Bezirksgemeinde um 21.35 Uhr

#### **NAMENS DES BEZIRKSRATES UND DER BEZIRKSGEMEINDE**

Der Bezirksammann

Der Landschreiber

Michael Fuchs

Marc Sinoli

Genehmigt mit BzRB-Nr. 197/2018